

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung der Ratsversammlung

**am Dienstag, dem 14.12.2021,
fortgesetzt am Mittwoch, dem 15.12.2021**

im in der Dr. Uwe Harder - Stadthalle

<u>Beginn:</u> 14.12.2021, 17:00 Uhr	<u>fortgesetzt:</u> 15.12.2021, 17:00 Uhr
<u>abgebrochen:</u> 14.12.2021, 21:56 Uhr	<u>Ende:</u> 15.12.2021, 17:09 Uhr

Anwesend:

Stadtpräsidentin

Frau Anna-Katharina Schättiger

Ratsfrau / Ratsherr

Frau June Boysen bis TOP 23
Frau Helga Bühse
Frau Franka Dannheiser
Herr Bernd Delfs
Frau Wiebke Diehlmann
Herr Klaus Grassau
Herr Jonny Griese
Herr Wolf-Werner Haake
Herr Hauke Hahn
Frau Esther Hartmann
Herr Dirk-Justus Hentschel ab TOP 12
Herr Hasan Horata
Herr Peter Janetzky
Herr Claus-Rudolf Johna
Herr Jürgen Joost ab TOP 2
Herr Thorsten Klimm bis TOP 23
Herr Andreas Kluckhuhn bis TOP 23
Herr Jan Hinrich Köster bis TOP 23
Herr Thomas Krampfer
Frau Sabine Krebs
Herr Martin Kriese
Frau Urte Kringel bis TOP 23
Herr Gerd Kühl
Herr Gerhard Lassen
Herr Frank Matthiesen
bis TOP 9.3; ab TOP 24
Herr Horst-Dieter Micheel
Herr Fatih Mutlu bis TOP 23
Herr Mark Michael Proch bis TOP 23
Herr Sven Radestock
Herr Reinhard Ruge
Herr Oliver Schlemmer
Frau Monika Schmidt
Frau Babett Schwede-Oldehus

Herr Jörn Seib bis TOP 23
Herr Hans Heinrich Voigt
Herr Geoffrey Frederic Warlies
Herr Axel Westphal-Garken
Frau Yvonne Zielke-Rieckmann

Von der Verwaltung

Oberbürgermeister
Erster Stadtrat
Stadtrat
Referent für Öffentlichkeitsarbeit
Vorzimmer Stadtpräsidentin
FD - 66
FD - 20
FD - 61
FD - 30
FD - 20
FD - 20
Personalratsvorsitzender
Personalrat
Protokollführung
FD - 10

Herr Tobias Bergmann
Herr Carsten Hillgruber
Herr Oliver Dörflinger
Herr Stephan Beitz bis TOP 23
Frau Andrea Eggert
Herr Jan Duve bis TOP 23
Frau Sabine Heidebrecht-Rüge bis TOP 23
Herr Bernd Heilmann
Frau Bettina Krull
Herr Marc Neumann bis TOP 23
Herr Hans-Günter Szislo
Herr Peter Omland
Frau Britta Stoffer bis TOP 23
Frau Dana Blank
Herr Holger Krüger ab TOP 24

Entschuldigt:

Ratsfrau / Ratsherr

Herr Volker Andresen
Herr Wolf Rüdiger Fehrs
Herr Andreas Hering
Herr Klaus-Dieter Iwers

Von der Verwaltung

Stadtbaurat

Herr Thorsten Kubiak

Bis zu 4 Vertreter der Stadtteilbeiräte und sonstigen Beiräte
Bis zu 3 Vertreter der Presse und der Offene Kanal Kiel
Bis zu 20 Zuhörer/innen

Tagesordnung:

1.	Eröffnung der Sitzung durch die Stadtpräsidentin und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2.	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
3.	Tagesordnung der Sitzung am 14.12.2021
4.	Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Ratsversammlung der Stadt Neumünster vom 09.11.2021
5.	Mitteilungen des Oberbürgermeisters
6.	Mitteilungen der Stadtpräsidentin
7.	Einwohnerfragestunde
8.	Aktuelle Stunde
9.	Anfragen
9.1.	Große Anfrage der NPD-Ratsfraktion betr. Schleife zum Volkstrauertag Vorlage: 0276/2018/An
9.2.	Große Anfrage des RH Jost, LKR betr. Industrielle Windanlagen am Einfelder See Vorlage: 0278/2018/An
9.3.	Große Anfrage des RH Joost, LKR betr. Handlungskonzept Armut Vorlage: 0279/2018/An
9.4.	Große Anfrage des RH Hahn, CDU-Ratsfraktion betr. Durchlüftungsanlagen gem. Beschluss vom 08.06.2021 Vorlage: 0280/2018/An
10.	Anträge
10.1.	Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen von CDU, SPD, FDP, BfB und DIE LINKE betr. Abberufung des Stadtbaurats Thorsten Kubiak Vorlage: 0277/2018/An
10.2.	Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Funktionale Leistungsbeschreibungen bei Bauvorhaben Vorlage: 0261/2018/An
11.	Städtische Beteiligungen: Holstenhallen Neumünster GmbH; - Tilgung des Kommunaldarlehens von 1968; - Leistung von außerplanmäßigen Auszahlungen im Finanzplan 2021 nach § 82 GO zur Einzahlung in die Kapitalrücklage Vorlage: 0917/2018/DS

12.	Städtische Beteiligungen: SWN Stadtwerke Neumünster Beteiligungen; hier: Bürgerbegehren zum Projekt "HEAT" Vorlage: 0968/2018/DS
13.	Konsolidierungshilfen 2019-2023: Fortschreibung des Konsolidierungskonzeptes Vorlage: 0918/2018/DS
14.	Grundsätze und Kriterien zur Auf- und Umstellung von Kunst im Öffentlichen Raum Vorlage: 0899/2018/DS
15.	Schulentwicklungsplanung (SEP); hier: Mühlenhofschule - Erweiterung des Raumprogrammes - Vorlage: 0944/2018/DS
16.	Sportentwicklungsplanung (SPEP); Perspektivischer Ersatzneubau des Umkleidegebäudes am Volkshausplatz; hier: Grundsatzbeschluss zum Raumprogramm Vorlage: 0947/2018/DS
17.	Durchführung der Rufbereitschaft des ASD im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte Vorlage: 0957/2018/DS
18.	Qualitätsverbesserung im Fachdienst Gesundheit (FD 53) / Zweite Personalaufstockung im Rahmen des Paktes für den öffentlichen Gesundheitsdienst Vorlage: 0942/2018/DS
19.	Der Ratsversammlung wird gemäß § 55 Abs. 3 LVwG der Entwurf einer Stadtverordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass an Sonn- und Feiertagen 2022 zur Beratung vorgelegt. Vorlage: 0950/2018/DS
20.	Wiederwahl einer Schiedsperson für den Wahlbezirk Faldera Vorlage: 0951/2018/DS
21.	Bebauungsplan Nr. 185 "Niebüller Straße / Schwarzer Weg" - Beschluss über Stellungnahmen - Satzungsbeschluss Vorlage: 0916/2018/DS
22.	Innenstadtprogramm des Landes Schleswig-Holstein: - Steuerungsgruppe zum Projektmittelfonds Vorlage: 0933/2018/DS
23.	EU-Förderprogramm Interreg Deutschland - Dänemark - Budgetbeschluss Förderprogramm Interreg 6A 2021 - 2027 Vorlage: 0932/2018/DS
24.	Sanierungsgebiet "Stadtteil West" 1. Teilfortschreibung des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes für die Grundstücke Wasbeker Straße 43, Wilhelmstraße 20 und 22 Vorlage: 0952/2018/DS

25.	Stadtumbau West - "Messeachse" - Beschluss der vorbereitenden Untersuchungen mit integriertem Entwicklungskonzept - Beschluss der Sanierungssatzung Vorlage: 0953/2018/DS
26.	Innenstadtförderung - Bundesprogramm "Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren" Vorlage: 0954/2018/DS
27.	Der Ratsversammlung wird gem. § 55 LVwG der Entwurf einer Neufassung der Stadtverordnung zur Regelung des Wassersports auf dem Einfelder See in der Stadt Neumünster zur Beratung vorgelegt Vorlage: 0943/2018/DS
28.	Umsetzung des Antrages 0172/2018/An: Workflow bei Anliegen aus den Stadtteilbeiräten Vorlage: 0420/2018/MV
29.	Jahresabschluss 2020 Vorlage: 0383/2018/MV
30.	Städtische Beteiligungen: Konzeption "Eckpunkte Beteiligungsmanagement"; hier: Berichterstattung II/2021 Vorlage: 0411/2018/MV
31.	Planungsdialog KielRegion und Neumünster - Digitales Gewerbeflächenmonitoring (GEMO) - Zwischenbericht GEMO 2021 - Öffentlichkeitsarbeit für den Planungsdialog Vorlage: 0419/2018/MV
32.	Dringliche Vorlagen

1 .	Eröffnung der Sitzung durch die Stadtpräsidentin und Feststellung der Beschlussfähigkeit
-----	--

Frau Stadtpräsidentin Schättiger eröffnet die Sitzung um 17.00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Sie weist auf die Einhaltung der Hygiene- und Abstandsregelungen hin.
Zur Erleichterung der Ermittlung von Abstimmungsergebnissen mögen bei der Abstimmung die eigens dazu verteilten Karten genutzt werden.

Frau Stadtpräsidentin Schättiger teilt mit, dass die Ratsherren Andresen, Iwers, Fehrs und Hering, sowie Herr Stadtbaurat Kubiak erkrankt seien und somit nicht an der Sitzung teilnehmen können.

Die Ratsherren Hentschel und Joost verspäten sich.

2 .	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
-----	---

Die Verwaltung hat für die heutige Sitzung neben dem **TOP 33** „Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über die am 09.11.2021 unter Ausschluss der Öffentlichkeit beratenen Tagesordnungspunkte“ 5 weitere Tagesordnungspunkte identifiziert, bei denen Ausschlussgründe vorliegen.

Bei den **TOPs 34, 35, 37 und 38** geht es um Rechtsgeschäfte mit Unternehmen, deren persönliche oder wirtschaftliche Verhältnisse in die Beratung mit einbezogen werden.

Bei dem **TOP 36** geht es um eine Grundstücksangelegenheit.

Der **TOP 39** ist für Mitteilungen vorgesehen.

Über die in der Sitzung am 09.11.2021 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse wurde schriftlich als Anlage zur Niederschrift über die Sitzung am 09.11.2021 berichtet. Die Anlage steht im öffentlichen Teil des Ratsinformationssystems zur Verfügung.

Beschluss:

Es wird einstimmig beschlossen, dass die **TOPs 33 bis 38** unter Ausschluss der Öffentlichkeit beraten werden sollen. Der **TOP 39** ist für Mitteilungen vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig)

Ja-Stimmen: 38
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

3 .	Tagesordnung der Sitzung am 14.12.2021
-----	--

Versandt, bzw. verteilt wurden:

- **Zu TOP 9.2 An 0278/2018**
- Antwort
- **Zu TOP 9.3 An 0279/2018**
- Antwort

Vorläufige Auszüge aus den Fachausschüssen:

- **Zu TOP 10.2 An 0261/2018**
- Bau- und Vergabeausschuss vom 02.12.2021
- **Zu TOP 13 DS 0918/2018**
- Finanz- und Rechnungsprüfungsausschuss vom 01.12.2021
- Hauptausschuss vom 07.12.2021
- **Zu Top 14 DS 0899/2018**
- Schul-, Kultur- und Sportausschuss vom 25.11.2021
- Planungs- und Umweltausschuss vom 01.12.2021
- Bau- und Vergabeausschuss vom 02.12.2021
- Hauptausschuss vom 07.12.2021
- **Zu TOP 15 DS 0944/2018**
- Schul-, Kultur- und Sportausschuss vom 25.11.2021
- Hauptausschuss vom 07.12.2021
- **Zu TOP 21 DS 0916/2018**
- Planungs- und Umweltausschuss
- **Zu TOP 26 DS 0954/2018**
- Hauptausschuss vom 07.12.2021
- **Zu TOP 27 DS 0943/2018**
- Schul-, Kultur- und Sportausschuss vom 25.11.2021
- Hauptausschuss vom 07.12.2021

Anträge zur aktuellen Stunde liegen nicht vor.

Ratsherr Proch legt einen **Dringlichkeitsantrag der NPD-Ratsfraktion betr. „1-G“-Maßnahme auf zukünftigen Ratssitzungen** vor. Da eine vorherige Verteilung des Dringlichkeitsantrages nicht mehr erfolgen konnte, verliert Frau Stadtpräsidentin Schättiger den Dringlichkeitsantrag und die Begründung der Dringlichkeit. Die Dringlichkeit wird mit 2 Ja-Stimmen, im Übrigen einstimmig abgelehnt.

Der Antrag wird somit gem. § 15 Abs. 7 GeschORV auf die Tagesordnung der nächsten Ratsversammlung gesetzt.

Frau Stadtpräsidentin Schättiger weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass in den Fällen, in denen außerhalb des Rathauses getagt wird und die dortige Infrastruktur nicht zur Verfügung steht, Änderungs-, Ergänzungs- und Dringlichkeitsanträge, die am Sitzungstag erst nach 15:00 Uhr bei der Verwaltung eingehen, nicht mehr vervielfältigt und verteilt werden können.

Da es keine anderslautenden Vorschläge gibt, wird die Tagesordnung in der übermittelten Reihenfolge abgehandelt.

4 .	Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Ratsversammlung der Stadt Neumünster vom 09.11.2021
-----	---

Einwände gegen die Niederschrift werden nicht vorgebracht.

5 .	Mitteilungen des Oberbürgermeisters
-----	-------------------------------------

Herr Oberbürgermeister Bergmann berichtet von der Sitzung des Nachbarschaftsausschusses. Die interkommunale Zusammenarbeit solle intensiviert und dafür ein **Regionalmanagement** errichtet werden. Beispielhaft für die interkommunale Zusammenarbeit sei die Region Itzehoe zu nennen. Bezüglich der interkommunalen Zusammenarbeit in der Region Neumünster habe die Wirtschaftsagentur ein Gutachten erstellen lassen, welches der Verwaltung vorliege. Dieses Gutachten könne in der Verwaltung angefordert werden.

Herr Oberbürgermeister Bergmann berichtet, dass die Planungen des Landes zur Einrichtung eines Pflegestudienganges konkreter würden und sich die Stadt Neumünster als **Standort des Pflegestudienganges** bewerben werde. Dafür sei die Verwaltung bereits im Gespräch mit der Kieler Hochschule.

6 .	Mitteilungen der Stadtpräsidentin
-----	-----------------------------------

Frau Stadtpräsidentin Schättiger teilt mit, dass bei der Sammlung für die Kriegsgräberfürsorge e.V. am 13.11.2021 Spenden in Höhe von 1.262,92 € zusammengekommen seien und bittet um eine größere Beteiligung im kommenden Jahr, da die europaweite Kriegsgräberfürsorge auch ein Akt der Völkerverständigung sei.

7 .	Einwohnerfragestunde
-----	----------------------

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

8 .	Aktuelle Stunde
-----	-----------------

Es liegen keine Anträge zur „Aktuellen Stunde“ vor.

9 .	Anfragen
9.1 .	Große Anfrage der NPD-Ratsfraktion betr. Schleife zum Volkstrauertag Vorlage: 0276/2018/An

Ratsherr Proch bringt die Große Anfrage ein und begründet sie.

Die Große Anfrage wird durch Herrn Oberbürgermeister Bergmann beantwortet.

Ratsherr Kühl erläutert die historische Entwicklung sowie die Bedeutung des Volkstrauertages und der damit verbundenen Feierlichkeiten seit der Weimarer Republik. Aus diesem Grunde kritisiert er das „Peace“-Zeichen neben der Unterschrift des Oberbürgermeisters.

9.2 .	Große Anfrage des RH Jost, LKR betr. Industrielle Windanlagen am Einfelder See Vorlage: 0278/2018/An
-------	---

Ratsherr Joost bringt die Große Anfrage ein und begründet sie.

Die Große Anfrage wird durch Herrn Stadtrat Dörflinger beantwortet.

In der anschließenden Aussprache erläutert Ratsherr Joost die Bedeutung des Schutzgebietes Einfelder See und die Auswirkungen, die mit der Errichtung der Windkraftanlagen einhergehen würden. Er teilt mit, dass das von den möglichen Betreibern vorgelegte Gutachten fehlerhaft sei. Zudem bemängelt Ratsherr Joost den bisherigen Einsatz der Stadtverwaltung in dieser Angelegenheit.

Ratsherr Radestock berichtet, dass diese Thematik bereits mehrfach im Stadtteilbeirat Einfeld beraten worden sei. Zudem erläutert er die Regionalplanung des Landes, in deren Rahmen mögliche Standorte für Windkraftanlagen ermittelt worden seien und verweist dabei auf die Möglichkeit, gegen das Vorhaben Einwände erheben zu können. Für ein umfassendes Bild zu dieser Thematik sollen jedoch auch die Begründung der Maßnahme sowie die möglichen Betreiber betrachtet werden.

Ratsherr Joost teilt mit, dass in Deutschland keine Windkraftanlagen an Land ohne Subvention betrieben würden.

9.3 .	Große Anfrage des RH Joost, LKR betr. Handlungskonzept Armut Vorlage: 0279/2018/An
-------	---

Ratsherr Joost bringt die Große Anfrage ein und begründet sie.

Die Große Anfrage wird von Herrn Erster Stadtrat Hillgruber beantwortet.

In der anschließenden Aussprache teilt Ratsherr Voigt mit, dass er eine Zunahme der Armut befürchte sowie auch Mittelstreichungen im Rahmen der weiteren Konsolidierung und bittet die Verwaltung um Informationen, ob bereits Armut abgebaut werden konnte. Die Verwaltung solle weiterhin daran arbeiten, Armut abzubauen.

Ratsherr Joost gibt zu bedenken, dass mit den einzelnen Maßnahmen nicht direkt Armut abgebaut werden könne, diese seien nur eine Hilfestellung für die Betroffenen. Zudem bittet Ratsherr Joost um Nachbesserung der Antwort zu Frage 5, wie viele Menschen durch die Maßnahmen bislang erreicht werden konnten.

9.4 .	Große Anfrage des RH Hahn, CDU-Ratsfraktion betr. Durchlüftungsanlagen gem. Beschluss vom 08.06.2021 Vorlage: 0280/2018/An
-------	--

Gemäß § 18 Abs. 3 GeschORV hat die Stadtpräsidentin auf Verlangen des Fragestellers eine Große Anfrage auf die Tagesordnung zu setzen, wenn die Kleine Anfrage nicht innerhalb der gesetzten Frist beantwortet wird.

Ratsherr Hahn bringt die Große Anfrage ein. Er bemängelt, dass die Berichterstattung im Schul-, Kultur- und Sportausschuss nicht, wie beschlossen am 21.10.2021 erfolgte, sondern erst im November 2021.

Die Große Anfrage wird von Herrn Erster Stadtrat Hillgruber beantwortet. Herr Erster Stadtrat Hillgruber teilt mit, dass die Verschiebung der Berichterstattung mit dem Schul-, Kultur- und Sportausschuss abgestimmt gewesen sei.

In der anschließenden Aussprache teilt Ratsherr Delfs mit, dass das Thema Lüftung an Schule seit einigen Sitzungen Thema sei und auch weiterhin sein werde. Zudem bestätigt Ratsherr Delfs, dass die Verschiebung der Berichterstattung mit dem Ausschuss abgestimmt gewesen sei.

Ratsherr Hahn moniert, dass der Schul-, Kultur- und Sportausschuss bereits in seiner Sitzung am 20.05.2021 und somit noch vor der Beschlussfassung durch die Ratsversammlung am 08.06.2021 beschlossen habe, dass die Berichterstattung später stattfinden, als es der Beschluss vorsehe.

Ratsherr Hahn bittet die Verwaltung um Mitteilung, ob für die Luftfilter Gelder aus dem Fördertopf des Landes beantragt wurden.

10 .	Anträge
10.1 .	Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen von CDU, SPD, FDP, BfB und DIE LINKE betr. Abberufung des Stadtbaurats Thorsten Kubiak Vorlage: 0277/2018/An

Ratsherr Kühl bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Ratsherr Radestock teilt mit, dass sich die Ratsfraktion Die GRÜNEN dem Antrag nicht angeschlossen habe, da es darüber in der Fraktion keine Einigkeit gebe.

Der Antrag wird kontrovers diskutiert.

Ratsherr Kühl kritisiert diese Diskussion in der Öffentlichkeit.

Beschluss:

Herr Thorsten Kubiak wird aus seiner Funktion als Stadtbaurat abberufen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (mehrheitlich)

Ja-Stimmen: 34

Nein-Stimmen: 2

Enthaltung: 1

Die gem. § 40a Abs. 2 Nr. 2 GO für die Abberufung erforderliche Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Ratsmitglieder ist somit erreicht.

Gemäß § 40 Abs. 3 GO ist über den Antrag in frühestens vier Wochen ein weiteres Mal zu beraten und zu beschließen.

10.2 .	Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Funktionale Leistungsbeschreibungen bei Bauvorhaben Vorlage: 0261/2018/An
--------	--

Ratsfrau Bühse bringt den Antrag ein, erläutert den Werdegang des Antrages und begründet ihn.

Ratsfrau Bühse bringt als Vorsitzende des Bau- und Vergabeausschusses einen Änderungsantrag ein, dem der Bau- und Vergabeausschuss in seiner Sitzung am 02.12.2021 zugestimmt hat. Demnach soll der Antragstext wie folgt lauten: Die Verwaltung erhält den Auftrag, eine Vorlage zur Umsetzung des im Bau- und Vergabeausschuss beratenen Ziels in der Gesamtverwaltung abzustimmen und zur Beschlussfassung in der nächsten Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses vorzulegen. Endgültig entscheidende Stelle ist nach der Vorberatung im Bau- und Vergabeausschuss die Ratsversammlung. Der Antrag ist in den Beschluss des Bau- und Vergabeausschusses eingegangen.

Beschluss:

Die Verwaltung erhält den Auftrag, eine Vorlage zur Umsetzung des im Bau- und Vergabeausschuss beratenen Ziels in der Gesamtverwaltung abzustimmen und zur Beschlussfassung in der nächsten Sitzung des Bau- und Vergabeausschusses vorzulegen. Endgültig entscheidende Stelle ist nach der Vorberatung im Bau- und Vergabeausschuss die Ratsversammlung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig)

Ja-Stimmen: 37
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

11 .	Städtische Beteiligungen: Holstenhallen Neumünster GmbH; - Tilgung des Kommunaldarlehens von 1968; - Leistung von außerplanmäßigen Auszahlungen im Finanzplan 2021 nach § 82 GO zur Einzahlung in die Kapitalrücklage Vorlage: 0917/2018/DS
------	--

Beschluss:

Der Leistung einer außerplanmäßigen Auszahlung im Finanzplan 2021 nach § 82 GO zur Tilgung einer Einzahlung in die Kapitalrücklage der Holstenhallen Neumünster GmbH in Höhe von insg. 281.210,53 Euro wird unter der Bedingung, dass eine Deckung durch Rückzahlung des durch Vertrag vom 27.12.1968 gewährten Kommunaldarlehens in Höhe der Restfälligkeit von 281.210,53 Euro durch die Holstenhallen Neumünster GmbH erfolgt, zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig, mangels Widerspruch)

12 .	Städtische Beteiligungen: SWN Stadtwerke Neumünster Beteiligungen; hier: Bürgerbegehren zum Projekt "HEAT" Vorlage: 0968/2018/DS
------	---

Herr Oberbürgermeister Bergmann berichtet über den Werdegang des Projektes bis zur Entstehung dieser Drucksache und die Auswirkungen der vorgelegten Drucksache. Durch diesen Beschluss würden die Kosten von etwa 80.000 € für ein Bürgerbegehren verhindert werden können und das Bürgerbüro würde mit der Überprüfung der gesammelten Unterschriften nicht zusätzlich belastet werden.

Die Angelegenheit wird kontrovers diskutiert. Dabei wird mehrfach betont, dass die Bürgerinitiative und die Vorlage ein Beispiel für Demokratie seien und Demokratie Geld kostete. Von mehreren Seiten wird bemängelt, dass die Bürgerinitiative nicht gesprächsbereit gewesen sei. Ratsherr Radestock teilt mit, dass das Bürgerbegehren von Misstrauen gegen die Ratsversammlung, den Aufsichtsrat und die Geschäftsführung der SWN geprägt gewesen sei. Ratsherr Kühl entgegnet in diesem Zusammenhang, dass die Ratsversammlung dies nicht ausbaden müsse und das Bürgerbegehren zunächst auf Zulässigkeit geprüft werden solle. Ratsherr Griese gibt zu bedenken, dass es vielen Unterstützern des Bürgerbegehrens darum gehe, die Privatisierung zu verhindern und teilt mit, dass die Bürgerinitiative stets zu Gesprächen bereit gewesen sei, dies sei jedoch von den anderen Beteiligten nicht angenommen worden.

Beschluss:

Die Ratsversammlung bekräftigt die Entscheidung der Geschäftsführung und der Gesellschafterversammlung der SWN Stadtwerke Neumünster Beteiligungen GmbH, das Wärme-Projekt „HEAT“ nicht weiter zu verfolgen und beschließt, von einer Ausgliederung des Teilbetriebs „Wärmeerzeugung“ der SWN Stadtwerke Neumünster GmbH in die MBA Neumünster GmbH und einer darauf basierenden Erhöhung des Anteils der REMONDIS Kommunale Dienste Nord GmbH an der MBA Neumünster GmbH auf bis zu 49 % für die nächsten zwei Jahre abzusehen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (mehrheitlich)

Ja-Stimmen: 22
Nein-Stimmen: 16
Enthaltung: 0

**Frau Stadtpräsidentin Schöttiger unterbricht die Sitzung
um 19.08 Uhr für eine Pause.
Die Sitzung wird um 19.45 Uhr fortgesetzt.**

13 .	Konsolidierungshilfen 2019-2023: Fortschreibung des Konsolidierungskonzeptes Vorlage: 0918/2018/DS
------	---

Frau Stadtpräsidentin Schättiger berichtet, dass von einer interfraktionellen Gruppe Vorschläge zur Konsolidierung vorbereitet wurden. Diese wurden von der Verwaltung zusammengefasst und mit einer Übersicht zum Abstimmungsverfahren als Tischvorlage vorgelegt, sowie als Anlagen zur Drucksache, im Ratsinformationssystem hinterlegt. In die zusammengefasste Liste ist auch ein Änderungsantrag von Ratsherrn Joost eingearbeitet, der zusätzlich im Ratsinformationssystem bei TOP 13 hinterlegt wird.

Herr Oberbürgermeister Bergmann bringt die Vorlage ein und erläutert das Abstimmungsverfahren. Durch die teils vorgeschlagenen Stelleneinsparungen würden weiterhin anfallende Aufgaben in der Verwaltung anders verteilt werden müssen. Die Verwaltung bleibe jedoch arbeitsfähig. Künftig bräuchte es eine neue Disziplin im Umgang mit dem Haushalt.

Im Folgenden werden die verschiedenen Vorschläge intensiv und kontrovers diskutiert. Dabei wird mehrfach die gute Arbeit der interfraktionellen Arbeitsgruppe hervorgehoben.

Ratsherr Joost bringt seinen Änderungsantrag ein und begründet diesen. Einsparungen sollten vorrangig vor Steuererhöhungen vorgenommen werden, da diese die Wettbewerbsfähigkeit mindern würden. Die von ihm vorgeschlagenen Stelleneinsparungen seien möglich und es handele sich nur um unbesetzte Stellen.

Ratsherr Radestock gibt zu bedenken, dass in der Vergangenheit von der Verwaltung die Notwendigkeit neuer Stellen glaubhaft gemacht worden sei und dass solch eine Entscheidung nicht ohne die Einbindung der Beteiligten erfolgen solle.

Ratsfrau Dannheiser und Ratsherr Griese weisen darauf hin, dass durch die vorgeschlagenen Stellenstreichungen die Konsolidierung zu Lasten der Verwaltung erfolgen würde.

Herr Omland nennt mögliche Auswirkungen der Stelleneinsparungen in unterschiedlichen Bereichen.

Abstimmung zur lfd. Nr. 1 des Abstimmungsverfahrens „Vorschlag Verwaltung“:
Dem „Vorschlag Verwaltung“ wird einstimmig zugestimmt.

Abstimmung zur lfd. Nr. 2 des Abstimmungsverfahrens „Hebesatz Spielgerätesteuern auf 20 v.H.“:
Dem Vorschlag „Hebesatz Spielgerätesteuern auf 20 v.H.“ wird einstimmig zugestimmt.

Abstimmung zur lfd. Nr. 3 des Abstimmungsverfahrens „Antrag Ratsherr Joost“:
Dem „Antrag Ratsherr Joost“ wird mit 21 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt.

Da mit diesen Beschlüssen der notwendige Eigenanteil der Verwaltung zur Beantragung der Konsolidierungshilfen erreicht ist, wird seitens der Ratsversammlung von weiteren Abstimmungen zu den lfd. Nrn. 4 bis 8 des Abstimmungsverfahrens Abstand genommen.

Ratsherr Radestock bringt einen Ergänzungsantrag der Ratsfraktion Die GRÜNEN ein, mit welchem die Erhöhung der Aufwandsentschädigungen für Ratsmitglieder und ehrenamtlich Tätige ab 2016 gestrichen werden sollen, sowie auch die Zahlung eines jährlichen

Zuschusses an den Verband politischer Jugend ab 2017. Der Ergänzungsantrag wird im Ratsinformationssystem bei TOP 13 hinterlegt. Ratsherr Radestock begründet den Ergänzungsantrag und erläutert den damit einhergehenden Einsparungseffekt.

Ratsherr Kühl äußert Bedenken gegen die im Ergänzungsantrag genannte Summe zum Einsparungseffekt bezüglich der Aufwandsentschädigungen. Des Weiteren weist Ratsherr Kühl darauf hin, dass sich die Höhe der Aufwandsentschädigungen aus einer Satzung ergebe und diese dann zunächst geändert werden müsse. Zudem verweist er auf den Aufwand, welcher mit dem Ehrenamt verbunden sei.

Abstimmung zur lfd. Nr. 9 des Abstimmungsverfahrens „Antrag Bündnis 90 Die Grünen“: Der Ergänzungsantrag der Ratsfraktion Die GRÜNEN wird mit 6 Ja-Stimmen und 32 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Abschließend erfolgt die Abstimmung über die Vorlage in der geänderten Fassung.

Beschluss:

Dem Entwurf des Konsolidierungskonzeptes als Anlage [der Vorlage] des mit dem Innenministerium abzuschließenden zweiten öffentlich-rechtlichen Ergänzungsvertrages für den Erhalt von Konsolidierungshilfen wird mit folgenden Änderungen zugestimmt:

1. Streichung der im Entwurf des Konsolidierungskonzeptes enthaltenen Erhöhung der Gewerbesteuer und Grundsteuer B.
2. Erhöhung der Spielgerätesteuer von 16% auf 20%.
3. Reduzierung von 16 Personalstellen bei der Stadt Neumünster gemäß Anlage 1 der Niederschrift zu TOP 13.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (mehrheitlich)

Ja-Stimmen: 20
Nein-Stimmen: 11
Enthaltung: 5

14 .	Grundsätze und Kriterien zur Auf- und Umstellung von Kunst im Öffentlichen Raum Vorlage: 0899/2018/DS
------	--

Ratsfrau Schwede-Oldehus bringt für die CDU-Ratsfraktion einen Ergänzungsantrag ein, welcher bei TOP 14 im Ratsinformationssystem hinterlegt wird. Sie berichtet von den Ergänzungsanträgen aus dem Schul-, Kultur- und Sportausschuss und dem Planungs- und Umweltausschuss sowie dem Bau- und Vergabeausschuss und begründet diese Anträge.

Ratsfrau Schwede-Oldehus stellt einen Antrag zur Überweisung der Angelegenheit in den Schul-, Kultur- und Sportausschuss mit dem Auftrag, die finanziellen Konsequenzen der bisher gestellten Anträge zu diskutieren.

Beschluss:

Überweisung in den Schul-, Kultur- und Sportausschuss mit dem Auftrag, die finanziellen Konsequenzen der bisher gestellten Ergänzungsanträge zu ermitteln.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig) zur Überweisung in den Schul-, Kultur- und Sportausschuss

Ja-Stimmen: 37
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

15 .	Schulentwicklungsplanung (SEP); hier: Mühlenhofschule - Erweiterung des Raumprogrammes - Vorlage: 0944/2018/DS
------	---

Ratsherr Delfs bringt als Vorsitzender des Schul-, Kultur- und Sportausschusses einen Ergänzungsantrag ein, dem der Schul-, Kultur- und Sportausschuss in seiner Sitzung am 25.11.2021 zugestimmt hat. Dieser sieht ein weiteres Raumprogramm für eine Ganztagsbetreuung vor. Förderungen für den vorgesehenen Ausbau sollen einer Ganztagsbetreuung nicht im Wege stehen.

Die Ratsversammlung stimmt dem Ergänzungsantrag einstimmig zu.

Abschließend erfolgt die Abstimmung über die Vorlage in der ergänzten Fassung.

Beschluss:

Dem [der Vorlage] anliegenden Raumprogramm wird als weitere Planungsgrundlage zugestimmt, mit der Maßgabe, dass die Verwaltung ein weiteres Raumprogramm mit der für eine Ganztagsbetreuung benötigten Räume vorlegt. Sollten für den zunächst vorgesehenen Ausbau Förderungen zur Verfügung stehen, dürfen diesem dem Ziel der Ganztagsbetreuung nicht entgegenstehen.

Die Verwaltung wird gebeten, vorrangig mit der Mühlenhofschule entsprechende Gespräche zur Bildung einer Ganztagsbetreuung zu führen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig)

Ja-Stimmen: 37
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

16 .	Sportentwicklungsplanung (SPEP); Perspektivischer Ersatzneubau des Umkleidegebäudes am Volkshausplatz; hier: Grundsatzbeschluss zum Raumprogramm Vorlage: 0947/2018/DS
------	---

Beschluss:

Dem [der Vorlage] anliegenden Raumprogramm wird als weitere Planungsgrundlage zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig, mangels Widerspruch)

17 .	Durchführung der Rufbereitschaft des ASD im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte Vorlage: 0957/2018/DS
------	---

Beschluss:

Der Durchführung der Rufbereitschaft des ASD im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte mit städtischem Personal wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig, mangels Widerspruch)

18 .	Qualitätsverbesserung im Fachdienst Gesundheit (FD 53) / Zweite Personalaufstockung im Rahmen des Paktes für den öffentlichen Gesundheitsdienst Vorlage: 0942/2018/DS
------	---

Beschluss:

1. Der Schaffung von 2,00 zusätzlichen ab 01.01.2022 bis 31.12.2026 befristeten Planstellen (0,5 Planstelle Sozialarbeiter/-in, 0,27 und 0,5 Planstelle Hygienefachkraft, 0,73 Planstelle Med. Fachangestellte/-r) wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Stellen auch ohne Vorliegen eines offiziellen Förderbescheids über die Refinanzierungsmittel befristet auszuschreiben und befristet zu besetzen bzw. die Stundenaufstockungen befristet vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig, mangels Widerspruch)

19 .	Der Ratsversammlung wird gemäß § 55 Abs. 3 LVwG der Entwurf einer Stadtverordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass an Sonn- und Feiertagen 2022 zur Beratung vorgelegt. Vorlage: 0950/2018/DS
------	--

Ratsherr Radestock gibt zu bedenken, dass die Stadt neue Impulse brauche und nicht ein Modell fortführen solle, welches es auch in jeder anderen Stadt gäbe.

Beschluss:

Die Ratsversammlung billigt den Entwurf einer Stadtverordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass an Sonn- und Feiertagen 2022.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (mehrheitlich)

Ja-Stimmen: 32
Nein-Stimmen: 5
Enthaltung: 0

20 .	Wiederwahl einer Schiedsperson für den Wahlbezirk Faldera Vorlage: 0951/2018/DS
------	--

Beschluss:

Für das Amt der Schiedsperson im Wahlbezirk 6 (Faldera) wird **Frau Irene Oldekop** Gerberstr. 45 a 24537 Neumünster vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig)

Ja-Stimmen: 37
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

21 .	Bebauungsplan Nr. 185 "Niebüller Straße / Schwarzer Weg" - Beschluss über Stellungnahmen - Satzungsbeschluss Vorlage: 0916/2018/DS
------	---

Ratsfrau Bühse bringt als stellvertretende Ausschussvorsitzende für den Planungs- und Umweltausschuss einen Ergänzungsantrag ein, den der Planungs- und Umweltausschuss in seiner Sitzung am 01.12.2021 beschlossen hat. Demnach soll eine Ziffer 5 mit folgendem Inhalt ergänzt werden:

„Die ökologischen Leitlinien für die Bauleitplanung sind vollumfänglich anzuwenden, um eine nachhaltige Wohnbauentwicklung herbeizuführen. Fernwärme ist dabei vorrangig.“

Ratsherr Voigt bringt für die Ratsfraktion Die GRÜNEN einen Änderungsantrag ein, der im Ratsinformationssystem bei TOP 21 hinterlegt wird, und begründet diesen.

Der Änderungsantrag von der Ratsfraktion Die GRÜNEN wird anschließend kontrovers diskutiert.

Ratsfrau Bühse gibt zu bedenken, dass das Energiekonzept zu Beginn der Bauleitplanung vorgelegt werden sollte und durch diesen Änderungsantrag die Bauleitplanung neu begonnen werden müsse. Ein solches Verfahren dauere nochmals etwa 1,5 Jahre. Die Verwaltung sollte künftig in den Vorlagen darauf hinweisen, dass das Energiekonzept enthalten ist.

Ratsherr Radestock weist darauf hin, dass bereits im Planungs- und Umweltausschuss festgestellt worden sei, dass das Energiekonzept fehle, die Vorlage von der Verwaltung jedoch nicht nachgebessert worden sei.

Ratsherr Delfs gibt zu bedenken, dass bei der Erstellung künftiger B-Pläne ganzheitlicher gedacht werden sollte, sodass auch die Versorgung des Baugebietes mit Schul- und Kitaplätzen gewährleistet sei.

Der Änderungsantrag der Ratsfraktion Die GRÜNEN wird mit 15 Ja-Stimmen und 20 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Dem Ergänzungsantrag aus dem Planungs- und Umweltausschuss wird bei 3 Enthaltungen im Übrigen einstimmig zugestimmt.

Abschließend erfolgt die Abstimmung über die Vorlage in der ergänzten Fassung.

Beschluss:

1. Die Ratsversammlung hat die während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Stellungnahmen geprüft und stimmt den Einzelanträgen gemäß der beiliegenden Übersicht zu. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, diejenigen Träger öffentlicher Belange, die Stellungnahmen vorgebracht haben, von dem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen. Gleiches gilt für Stellungnahmen, die aus der Öffentlichkeit hervorgegangen sind.
2. Die Ratsversammlung beschließt aufgrund des § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) den Bebauungsplan Nr. 185 „Niebüller Straße / Schwarzer Weg“ für das Gebiet zwischen dem Schwarzen Weg, der Niebüller Straße, der Kleingartenanlage „Glück auf“ und dem Maria-Lohmann-Weg im Stadtteil Faldera, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) als Satzung.
3. Die Begründung wird gebilligt.

4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Beschluss über den Bebauungsplan nach § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Dabei ist auch anzugeben, wo der Plan mit Begründung eingesehen werden kann.
5. Die ökologischen Leitlinien für die Bauleitplanung sind vollumfänglich anzuwenden, um eine nachhaltige Wohnbauentwicklung herbeizuführen. Fernwärme ist dabei vorrangig.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (mehrheitlich)

Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	7
Enthaltung:	0

22 .	Innenstadtprogramm des Landes Schleswig-Holstein: - Steuerungsgruppe zum Projektmittelfonds Vorlage: 0933/2018/DS
------	---

Die Drucksache liegt in Form einer Neufassung vor.

Ratsfrau Bühse bringt für die CDU-Ratsfraktion einen Änderungs- und Ergänzungsantrag ein, welcher bei TOP 22 im Ratsinformationssystem hinterlegt wird, und begründet diesen. Ratsfrau Bühse verweist dabei auf Beispiele aus anderen Städten und weist darauf hin, dass die Eigentümer einbezogen werden sollten.

Herr Oberbürgermeister Bergmann gibt zu bedenken, dass eine Steuerungsgruppe im Gegensatz zu einer Arbeitsgruppe eher klein gehalten werden sollte.

Ratsherr Griese bringt für die Ratsfraktion DIE LINKE einen Ergänzungsantrag ein, welcher bei TOP 22 im Ratsinformationssystem hinterlegt wird, und begründet diesen. Die Leerstände würden nicht mit Handel ersetzt werden können, zudem sei ein langfristiger Erfolg anzustreben. In diesem Zusammenhang bemängelt Ratsherr Griese die Beschilde- rung der öffentlichen Toiletten in der Stadt, welche trotz mehrfacher Hinweise an das TBZ bisher nicht verbessert worden seien.

Der Änderungs- und Ergänzungsantrag der CDU-Ratsfraktion wird mit 13 Ja-Stimmen und 24 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Der Ergänzungsantrag der Ratsfraktion DIE LINKE wird mit 12 Ja-Stimmen und 25 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Sodann wird über die Vorlage in der ursprünglichen Fassung (Neufassung) abgestimmt.

Beschluss:

1. Die Ratsversammlung nimmt den Sachstandbericht zum Innenstadtprogramm des Landes Schleswig-Holstein zur Kenntnis.
2. Die Ratsversammlung stimmt dem Vorschlag zur Besetzung der Steuerungsgruppe zum Projektmittelfonds im Innenstadtprogramm Schleswig-Holstein zu.
3. Die Steuerungsgruppe gibt sich selbst eine Geschäftsordnung. Vorsitzender der Steuerungsgruppe ist der Oberbürgermeister der Stadt Neumünster. Der Vorsitzende der Steuerungsgruppe ist bei jeder Entscheidung, die seiner Ansicht nach gegen die Förderrichtlinie verstößt, befugt, Widerspruch einzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig)

Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 2

23 .	EU-Förderprogramm Interreg Deutschland - Dänemark - Budgetbeschluss Förderprogramm Interreg 6A 2021 - 2027 Vorlage: 0932/2018/DS
------	--

Beschluss:

1. Die Ratsversammlung nimmt den Sachstandsbericht zum EU-Förderprogramm Interreg 6A zur Kenntnis.
2. Die Ratsversammlung stimmt einer Kofinanzierung für die neue Förderperiode 2022 bis 2030 des Deutsch-Dänischen Interreg 6A Programms zu.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, in ihrem Ermessen eventuellen Änderungen im Programm, im Budget und in der Haftung sowie der noch zu schließenden Partnerschaftsvereinbarung zuzustimmen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, das Einreichen einer ersten Projektidee für ein Interreg-Projekt bereits im März 2022 sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig, mangels Widerspruch)

**Frau Stadtpräsidentin Schättiger bricht die Sitzung
im Einvernehmen mit dem Gremium um 21:56 Uhr für diesen Tag ab.**

Die Sitzung wird am 15.12.2021 um 17.00 Uhr fortgesetzt.

Frau Stadtpräsidentin Schättiger teilt mit, dass die Ratsfrauen Boysen und Kringel, sowie die Ratsherren Andresen, Iwers, Fehrs und Hering, Klimm, Seib, Proch, Köster, Mutlu und Kluckhuhn, sowie Herr Stadtbaurat Kubiak nicht an der Sitzung teilnehmen können.

Ratsherr Johna übernimmt in Vertretung die Schriftführung für Ratsherrn Klimm.

24 .	Sanierungsgebiet "Stadtteil West" 1. Teilfortschreibung des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes für die Grundstücke Wasbeker Straße 43, Wilhelmstraße 20 und 22 Vorlage: 0952/2018/DS
------	--

Beschluss:

Der 1. Teilfortschreibung des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes und der 1. Fortschreibung des Maßnahmenplans wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig, mangels Widerspruch)

25 .	Stadtumbau West - "Messeachse" - Beschluss der vorbereitenden Untersuchungen mit integriertem Entwicklungskonzept - Beschluss der Sanierungssatzung Vorlage: 0953/2018/DS
------	--

Beschluss:

1. Die Ratsversammlung beschließt die vorbereitenden Untersuchungen mit integriertem städtebaulichem Entwicklungskonzept (Anlage 1 [der Vorlage]) als Grundlage für die Durchführung der Gesamtmaßnahme „Messeachse“.
2. Die Ratsversammlung nimmt die Ergebnisse der gemäß § 137 Baugesetzbuch (BauGB) erfolgten Beteiligung der Betroffenen (Anlage 2 [der Vorlage]) sowie die der gemäß § 139 BauGB durchgeführten Beteiligung und Mitwirkung der öffentlichen Aufgabenträger (Anlage 3 [der Vorlage]) zur Kenntnis.
3. Gemäß § 142 Abs. 3 BauGB beschließt die Ratsversammlung die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Bahnhofsumfeld“, bestehend aus dem Satzungstext und der den Geltungsbereich der Satzung darstellenden Karte, als Satzung (Anlage 4 [der Vorlage]).
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Sanierungssatzung gemäß § 143 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Dabei ist anzugeben, wo die Satzung während der Öffnungszeiten eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.
5. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Grundbuchamt gemäß § 143 Abs. 2 BauGB die rechtsverbindliche Sanierungssatzung „Bahnhofsumfeld“ unter Angabe der betroffenen Grundstücke mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig, mangels Widerspruch)

26 .	Innenstadtförderung - Bundesprogramm "Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren" Vorlage: 0954/2018/DS
------	---

Frau Stadtpräsidentin Schättiger berichtet, dass der Hauptausschuss der Ratsversammlung empfohlen habe, die Vorlage abzulehnen.

Beschluss:

Die Vorlage wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ablehnung (einstimmig)

Ja-Stimmen: 0
Nein-Stimmen: 31
Enthaltung: 0

27 .	Der Ratsversammlung wird gem. § 55 LVwG der Entwurf einer Neufassung der Stadtverordnung zur Regelung des Wassersports auf dem Einfelder See in der Stadt Neumünster zur Beratung vorgelegt Vorlage: 0943/2018/DS
------	--

Beschluss:

Die Ratsversammlung billigt den Entwurf einer Neufassung der Stadtverordnung zur Regelung des Wassersports auf dem Einfelder See in der Stadt Neumünster.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig, mangels Widerspruch)

28 .	Umsetzung des Antrages 0172/2018/An: Workflow bei Anliegen aus den Stadtteilbeiräten Vorlage: 0420/2018/MV
------	---

Es erfolgt Kenntnisnahme.

29 .	Jahresabschluss 2020 Vorlage: 0383/2018/MV
------	---

Es erfolgt Kenntnisnahme.

30 .	Städtische Beteiligungen: Konzeption "Eckpunkte Beteiligungsmanagement"; hier: Berichterstattung II/2021 Vorlage: 0411/2018/MV
------	--

Es erfolgt Kenntnisnahme.

31 .	Planungsdialog KielRegion und Neumünster - Digitales Gewerbeflächenmonitoring (GEMO) - Zwischenbericht GEMO 2021 - Öffentlichkeitsarbeit für den Planungsdialog Vorlage: 0419/2018/MV
------	---

Es erfolgt Kenntnisnahme.

32 .	Dringliche Vorlagen
------	---------------------

Es liegen keine dringlichen Vorlagen vor.

gez. Anna-Katharina Schättiger
(Stadtpräsidentin)

gez. Dana Blank
(Protokollführung)